Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Vorkriegsstimmung ; Gefährliches Spiel ; Falsche Vergleiche ; Die neue Intervention ; Falscher Kampf gegen den Kommunismus ; Amerikas Kriegsrüstung ; In der Tschechoslowakei ; Jan Masaryk ; Demokratie in Italien ; Ausblick

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139092

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltrundschau

Vorkriegsstimmung Die große Politik hat aufs neue eine so rasche Gangart angeschlagen, daß eine Monatschronik wie die unsrige notgedrungen den Ereignissen unliebsam stark nachhinkt. Ich habe daher die Botschaft Präsident Trumans vom 17. März, die geradezu Epoche machte – wenn auch in einem bösen Sinn –, in der letzten Rundschau nur noch kurz, im Nachtrag, erwähnen können; was sich aber in den seither vergangenen Wochen ereignet hat, hat das dort Gesagte nur allzusehr und allzu verhängnisvoll bekräftigt. Wir sind nun tatsächlich in eine Periode *unmittelbarer Kriegsvorbereitung* eingetreten. Der «kalte Krieg», so tönt es uns von allen Seiten entgegen, ist zu Ende; jetzt geht es dem Ernstfall entgegen. Die internationale Entwicklung sei, so verkündet der vielgelesene und nicht einfach nur seine eigene, vielleicht unmaßgebliche Meinung ausdrückende amerikanische Journalist Walter Lippman, «in eine militärische Phase gelangt», und der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» bestätigt: «Das Entscheidende an der durch Trumans Botschaft eingeleiteten Entwicklung ist die Verschiebung der Akzente vom Wirtschaftlichen, Politischen und Diplomatischen auf das Militärische.» «Militärische Diplomatie» – das ist jetzt Trumpf. Das entscheidende Wort bekommen mehr und mehr die Generäle und die «Wehrpolitiker»; alles, was sich ereignet, rückt unwillkürlich in den Bereich militärisch-strategischer Betrachtungsweise; kurz: der Krieg steht wieder einmal hinter allem, was Staatsmänner und Regierungen tun oder lassen.

Das gilt insbesondere auch für den Abschluß des sogenannten *Westpaktes*, der am gleichen Tag, da Präsident Truman seine als «letzte Warnung» an Rußland gemeinte Rede hielt, von den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs, Hollands, Belgiens und Luxemburgs in Brüssel unterzeichnet wurde. «Erst sollte er», wie Michael Straight, der neue Leiter der «New Republic» feststellt, «wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Charakter haben; jetzt soll er auf militärischer Sicherheit aufgebaut werden. Unter dem Einfluß der großen Furcht hat Frankreich seine tiefste Überlieferung verleugnet und sich mit der Heranziehung deutscher Vertreter zu der Sechzehner-Konferenz in Paris einverstanden erklärt. Unter dem Einfluß der großen Furcht gibt England den Gedanken einer dritten Kraft preis, die sich als Bund der Mitte neutral zwischen Ost und West einschieben sollte. Die Westbundländer glauben, daß ihr Pakt die amerikanische Gewährleistung brauche. Und Lewis Douglas (der amerikanische Botschafter in London. H. K.) sagt denn auch, eine solche Gewährleistung werde tatsächlich erwogen.» Die Washingtoner Reise des geschäftigen belgischen Ministerpräsidenten Spaak, der sich im Geiste schon als Präsidenten der Vereinigten Staaten von Europa («Spaakistan») sieht, be-

stätigt diese Andeutung; Spaak selber erklärte nach seinem Besuch im Weißen Haus und im Außenministerium, der Brüsseler Pakt bedeute machtmäßig und militärisch nichts ohne die aktive Teilnahme Amerikas, und die «New York Herald-Tribune» betont, es komme jetzt darauf an, die Unterstützung Westeuropas so massiv und so aktuell zu gestalten, daß ein Überrennen seiner Grenzen ein zu gewagtes und gefährliches Unternehmen für den Kreml wäre.

Wie sehr Haltung und Sprache der westlichen Staatsmänner bereits von dem Gedanken an eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Ostblock beherrscht sind, zeigen drei weitere Vorgänge, die dem Fanfarenstoß Trumans im Abstande von nur wenigen Tagen gefolgt sind. Einmal der förmliche *Widerruf* von Amerikas Entschluß, sich für die *Teilung Palästinas* einzusetzen. Denn dieser Widerruf bedeutet ja doch, daß der republikanisch-demokratischen Koalition, die Amerikas Innen- und Außenpolitik beherrscht, die Gewinnung der sechs Millionen jüdischer Wahlstimmen, die an Wallace zu fallen drohen, weniger wichtig erscheint als die Notwendigkeit, sich für den Fall eines Krieges mit Rußland das vorderasiatische Öl und die Unterstützung der arabischen Staaten zu sichern. Ob den Amerikanern ihr Verrat an den Juden in der UNO so leicht durchgehen wird, ist zwar noch die Frage; der Teilungsbeschluß der Generalversammlung besteht vorerst noch zu Recht, und der amerikanische Verlegenheitsvorschlag, ein nebelhaftes «Treuhänderregime» in Palästina einzusetzen, hat kaum viel Aussicht auf Annahme. Anderseits vollzieht sich inzwischen die tatsächliche Teilung Palästinas ganz von selbst; die Juden begründen, von den Arabern regelrecht bekriegt und ihnen oft brutal antwortend, in den Grenzen des Möglichen ihren Staat nun eben auf eigene Faust, wobei freilich ihre Seeverbindungen vorerst von den Engländern gesperrt bleiben, während die Araber auf dem Landweg reichliche Zufuhr von Truppen und Material bekommen. Wieder einmal wird ein heldenhaft kämpfendes, ja weithin schon ausgerottetes kleines Volk der Machtpolitik eines Großreiches geopfert – ungestraft?

Gefährliches Spiel Das zweite Ereignis, das in diesen Zusammenhang gehört, ist der von Amerika angeregte Beschluß der drei Westmächte, die *Rückgabe Triests an Italien* zu betreiben. Der Sinn auch dieses Aktes ist klar: er bedeutet, neben dem offen eingestandenen Versuch, auf die Wahlen hin das Nationalgefühl der Italiener gegen die Linksparteien aufzureizen, die Einleitung einer eigentlichen «Kraftprobe gegenüber der Sowjetunion», wie in der Presse der Westmächte und ihrer Gefolgschaft offen heraus gesagt wird. «Kraftprobe» – das setzt aber die Bereitschaft voraus, nötigenfalls die strittigen Fragen durch Waffengewalt entscheiden zu lassen, und daß diese Bereitschaft mindestens bei Amerika, schon weniger

bei England und Frankreich, tatsächlich besteht, daran ist ein Zweifel nicht mehr erlaubt. Wieder einmal ist (dem Sinne nach) das Wort gefallen, das den Franzosen Anno 1870 zum Verhängnis wurde: «Nous sommes archiprêts!»

Und der dritte Vorgang, der ein Licht auf die Hintergründe der gegenwärtigen Großmachtpolitik wirft, ist die Anhängigmachung einer *Klage* vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen die *Sowjetunion*, die beschuldigt wird, den Umsturz in der Tschechoslowakei angezettelt und die Unabhängigkeit dieses Landes vernichtet zu haben. Nun ist es zwar natürlich wieder eine arge Heuchelei, daß sich ausgerechnet die Vereinigten Staaten von Amerika dieser Klage so lebhaft annehmen – sie, deren Prager Gesandter Steinhardt schon längst vor den Februarereignissen in Fühlung mit den tschechoslowakischen Parteien der Rechten und der Mitte gestanden hatte und dann ausgerechnet am Tage vor dem Rücktritt der zwölf bürgerlichen Minister mit neuen Instruktionen aus Washington wieder in Prag eintraf. Wie uninteressiert die Vereinigten Staaten der Tschechoslowakei gegenüberstanden, zeigt auch eine Bemerkung, die der frühere amerikanische Außenminister Byrnes in seinem Buche «Speaking Frankly» macht: als er an der Pariser Friedenskonferenz zwei der tschechoslowakischen Vertreter einer Kritik Wyshinskys an der Dollardiplomatie zustimmen sah, wies er sofort sein Ministerium telegraphisch an, die Gewährung eines Kredites von 50 Millionen Dollar, der der Tschechoslowakei bereits zugesichert worden war, rückgängig zu machen. Und wie stark sich die Vereinigten Staaten erst in die inneren und äußeren Angelegenheiten anderer Staaten, wie Frankreich und Italien, Griechenland und die Türkei, Persien, die Philippinen und China einmischen, von den lateinamerikanischen Ländern gar nicht zu reden, das weiß nachgerade jedes Kind.

Aber darauf kommt es hier ja auch nicht an. Uns interessiert in diesem Zusammenhang nur, daß der amerikanische Vertreter im Sicherheitsrat, Warren Austin, bei der ersten Behandlung der Klage gegen die Sowjetunion erklärte, der Rat müsse sich der Tatsache bewußt sein, daß, wenn die Beschuldigungen gegen Rußland als wahr erwiesen würden, der Fall eines «indirekten Angriffes» auf ein Mitglied der Vereinten Nationen vorliege. In diesem Fall würde «man» – gemeint sind wohl die Westmächte – «die Vereinten Nationen auffordern, wirksame kollektive Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet wären, die territoriale Unversehrtheit und politische Selbständigkeit des betroffenen Staates wiederherzustellen». Das ist deutlich gesprochen. Denn daß Maßnahmen, wie sie hier ins Auge gefaßt werden, zum Kriege gegen die Sowjetunion führen müßten, dürfte Mr. Austin selber am besten wissen.

Moskau hat sich bisher all diesen Vorstößen gegenüber eher zurückhaltend und «elastisch ausweichend» benommen. Es hat sich ins-

besondere auf die «Kraftprobe» um Triest nicht eingelassen, und auch die Belgrader Regierung hat, sicher nicht ohne Fühlungnahme mit dem Kreml, der groß aufgemachten Kampfansage der Westmächte nur den – freilich aussichtslosen – Vorschlag entgegengesetzt, die Triestiner Frage durch direkte Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Italien zu lösen. Die Sowjetunion hat auch darauf verzichtet, die Balkanstaaten zur Anerkennung der Partisanenregierung Markos in Griechenland zu veranlassen, ebenso wie sie zurzeit die Meerengenfrage völlig ruhen läßt. Und daß sie *Finnland* beim Abschluß des vielberedeten Militärpaktes keinerlei demütigende Zugeständnisse zugemutet hat, wird von diesem selber ohne weiteres anerkannt, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß im Kriegsfalle Finnland in irgendeiner Art doch dem Ostblock angeschlossen würde.

Nur an *einem* Orte zeigen sich die Russen herausfordernd: in *Berlin*. Dort haben sich, vielleicht im ersten Verdruß über die «Bombe von Triest», vielleicht aber auch einen längst gehegten Plan ausführend, die Sowjetvertreter demonstrativ aus dem alliierten Kontrollrat zurückgezogen und damit die Tätigkeit dieser freilich ohnehin fragwürdig gewordenen Körperschaft vollends ganz gelähmt. Die dadurch hervorgerufene Spannung ist durch eine Reihe weiterer Maßnahmen und Zwischenfälle, zuletzt durch den merkwürdigen Zusammenstoß eines russischen mit einem britischen Flugzeug, noch weiter gesteigert und die ganze Frage des künftigen Regimes für Berlin, ja für Deutschland überhaupt, zur Entscheidung gestellt worden. Wobei wir nicht verkennen wollen, was der «New Statesman» schreibt:

«Um den russischen Gesichtspunkt zu verstehen, brauchen wir uns bloß vorzustellen, Frankfurt sei heute der Sitz der Viermächtekontrolle, sein Stadtrat sei in der Hand einer kräftigen kommunistischen Mehrheit, seine Bewohner seien nicht zurückhaltend in der Bekundung ihrer Abneigung gegen die Demokratien, und schließlich, es sei uns jederzeit möglich, kommunistischer Infiltration in Frankfurt den Riegel zu stoßen, indem wir die russischen Güterzüge einstellen, die den russischen Sektor der Stadt mit Lebensmitteln versorgen. Wahrscheinlich würde General Clay eine derartige Lage fast unerträglich finden und seine Untergebenen keineswegs hindern, sich Nadelstiche und unverantwortliche ‚Zwischenfälle' zu leisten. Gerade so muß aber die Lage in Berlin General Sokolowsky vorkommen. Wollen wir die Aufsicht über die westlichen Stadtsektoren behalten, trotz dem völligen Zusammenbruch der Viererregierung, dann müssen wir eben ein vernünftiges Maß russischer Kontrolle über den Ein- und Ausgangsverkehr und besonders über die deutschen Reisenden annehmen.»

Ob sich solch vernünftige Überlegung noch durchzusetzen vermag? Wenn nicht, dann können sich eben hier wie überall sonst die Kriegsstimmungen und Kriegskräfte in einem Tempo weiterentwickeln, das, falls es nicht doch noch gebremst wird, schließlich zum Verhängnis führen *muß*. Nicht daß man im einen oder anderen Lager bereits zum Krieg *entschlossen* wäre. Ich glaube das nicht von Rußland, das aus Gründen, die ich nun wiederholt dargelegt habe, einen Angriffskrieg weder will noch überhaupt führen *könnte*; seine Nachgiebigkeit in den

meisten jüngeren Streitfällen beweist ja auch, daß es sich seiner vom Gegner weidlich ausgenützten Schwäche wohl bewußt ist. Ich glaube es aber auch nicht von Amerika, in dem die Friedenskräfte bis in die höchsten Stellen hinauf noch immer die Oberhand haben. Aber das militärische Denken und die vorbereitenden Kriegshandlungen, denen man sich auf beiden Seiten fast hemmungslos hingibt, haben eben ihre eigenen Gesetze. Und der Zeitpunkt droht früher oder später einzutreten, da die Staatsmänner und Militärs, die jetzt ihre «wunderbare» Kriegsmaschine mit soviel Liebe und Kunst aufbauen, die Herrschaft über ihr Spielzeug verlieren werden und tun müssen – nicht was sie selber ursprünglich wollten, sondern was die Geister, die sie riefen, ihnen befehlen. Und ich gestehe, daß mich diese Gefahr besonders groß dünkt bei Amerika, das gar nicht recht weiß, was Krieg eigentlich ist, das durch den zweiten Weltkrieg nur Reichtum und Macht gewonnen hat und im Bewußtsein seiner gewaltigen Überlegenheit über die Sowjetunion einem Draufgängertum huldigt, das schon bald an Abenteuerlust und Vermessenheit grenzt.

Falsche Vergleiche Nichts liegt mir ferner, als nun den Teufel an die Wand zu malen und meinerseits zu der Verbreitung jener Kriegspanik beitragen zu wollen, die jetzt umgeht. Die Wahrscheinlichkeit, daß die gegenwärtige Krise überwunden wird und es zu einer Art *Abgrenzung der beiderseitigen Interessenzonen* kommt, die der Welt eine Gnadenfrist gäbe, ist viel größer als das Gegenteil. Aber um über die uns bedrohende Kriegsgefahr Herr werden zu können, müssen wir sie zuerst *sehen* und namentlich *dort* sehen, wo sie tatsächlich liegt. Und solches Aufzeigen der Gefahr, solche Warnung vor der Fortsetzung eines Weges, der früher oder später ins Verderben führen *muß*, wenn die Umkehr nicht bald erfolgt, sollte seichter oder tendenziöser Pazifismus sein? Sollte es wirklich unsere Pflicht sein, den Kampf gegen die amerikanisch-westmächtlichen Kriegsvorbereitungen solange zurückzustellen, als nicht die vom *Osten* her, von seiten Rußlands und des Kommunismus drohende Gefahr beschworen ist, ähnlich wie seinerzeit auch gegenüber der nazistisch-faschistischen Gefahr der Kampf gegen den Krieg als solchen habe zurücktreten müssen?

Ich weigere mich durchaus, auf solche Fragen auch nur mit einem achselzuckenden und widerstrebenden, geschweige denn mit einem resoluten Ja zu antworten. Vor allem kann ich nicht zugeben, daß die Sowjetunion und ihre Außenpolitik mit Hitlers Drittem Reich und seiner Politik imperialistischer Ausdehnung, die einer «Herrenrasse» die Welt zu Füßen legen sollte, auf die gleiche Stufe gestellt und die Warnung vor einer kriegerischen Bekämpfung der Sowjetunion als verblendete Beschwichtigungspolitik bezeichnet werden müsse.

Rußland *hat* ohne Zweifel ein gut Teil Verantwortung dafür, daß wir nun schon wieder in einer Art Vorkriegssituation stehen. Nicht deshalb zwar, weil es sich dagegen anstemmt, in ein von Amerika und dessen Verbündeten und Satelliten beherrschtes Weltsystem eingezwängt zu werden, das man dann «Friedensordnung» hieße, obschon in ihm die Kriegskräfte nur verhüllt weiterwirken müßten. Vielmehr vor allem darum, weil die herrschende Sowjetschicht auf Grund ihres dogmatischen Marxismus und bestärkt durch eine lange und schwere Erfahrung überzeugt ist, daß der Kampf für den Sozialismus nur als Klassenkampf geführt und der Klassenkampf selber Endes aller Enden nur als Klassen*krieg* ausgetragen werden könne, der auf dem internationalen Plan in Gestalt eines letzten gewaltigen Ansturmes der kapitalistischen und nichtkommunistischen Welt gegen die Sowjetunion erwartet werden müsse. *Daraus*, aus dieser verkehrten Gesellschaftslehre und der ganzen dahinter stehenden Welt- und Lebensauffassung, erklärt sich der kommunistische Totalitarismus und weithin auch die sowjetrussische Außenpolitik, wie sie sich namentlich seit der Verleugnung und Zerstörung des Völkerbunds durch die Westmächte herausgebildet hat, erklärt sich auch die Unwilligkeit der Sowjetunion, zur Wiederherstellung der alten Ordnungen mit den Westmächten zusammenzuarbeiten, deren ganzes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ja doch zusammenbrechen werde und – «was fällt, soll man noch stoßen» – mit Hilfe der kommunistischen Parteien noch weiter ausgehöhlt werden müsse.

Wie abwegig und allzu billig ist es angesichts dieser Zusammenhänge doch, die Lage, wie sie durch den Umsturz in *Prag* entstanden ist, mit der Lage nach der Eroberung der Tschechoslowakei durch Hitler zu vergleichen! Ich darf wohl wiederum den «New Statesman» zitieren:

«Weil in der Tschechoslowakei etwas Gewalttätiges und Schreckliches passiert ist, nimmt man an, wir müßten nun genau das gleiche tun, was wir nach München taten. Die Leute reden jetzt daher, als stünden wir am Rand eines unvermeidlichen Krieges, und als läge die Gefahr wieder einfach in einem militärischen Angriff von seiten einer europäischen Macht...

Die wirkliche Gefahr liegt darin, daß der Klassenkampf in einen Weltkrieg umzuschlagen droht. Der Klassenkampf wird aber nicht durch eine Waffe entschieden werden, die so unterschiedslos wirkt wie die Atombombe; die allgemeine Zerstörung und Auflösung, die ein neuer Weltkrieg erzeugen müßte, könnte vielmehr im Gegenteil, wie sich das Kommunistische Manifest schon vor hundert Jahren ausdrückte, zum ‚gemeinsamen Untergang beider gegensätzlicher Klassen' führen. Solange wir nicht begreifen, daß, was in der Tschechoslowakei geschehen ist, nicht die Machtergreifung durch ein paar Kommunisten mit Hilfe Rußlands ist, sondern daß die tschechischen Arbeiter in ihrer Mehrheit Kommunisten geworden sind, die westliche Form der Demokratie von sich gewiesen und an ihre Stelle den totalitären Sozialismus gesetzt haben, solange werden wir überhaupt nichts begreifen...

Die Ereignisse in Prag haben das Mächtegleichgewicht nicht verschoben, weil die Bedrohung, vor der sich die Tschechen aller politischen Überzeugungen stets gefürchtet haben, von Deutschland ausgeht, nicht von Rußland.»

Die neue Intervention Der Vergleich der Rolle, welche die Sowjetunion heute im internationalen Leben spielt, mit derjenigen, die gestern das Dritte Reich gespielt hat, ist tatsächlich vollkommen irreführend. Und deshalb ist auch die daraus gezogene Folgerung falsch, es gelte jetzt vor allem, die freiheitsliebenden Menschen und Völker der ganzen Welt zum Kampf – nötigenfalls zum blutigen Kriege – gegen den Totalfeind aller Freiheit zu sammeln. Sehr zeitgemäß erinnert in einem Brief an die Londoner «Tribune» der Labourabgeordnete *Zilliacus* – der auch bei uns so verächtlich behandelte Zilliacus, der doch einer der klarsten politischen Köpfe Englands ist – daran, daß nach dem ersten Weltkrieg eine ganz ähnliche Lage bestand, wie sie heute wiederum eingetreten ist:

«Es brauchte zweieinhalb Jahre bitteren Kampfes zwischen rechts und links in der Labourpartei nach dem ersten Weltkrieg, bis unsere Führer zu drastischem Handeln gedrängt und getrieben wurden, um die Intervention der britischen Konservativen gegen die russische Revolution zum Stehen zu bringen. Heute handeln die Labourregierung und der Parteivorstand als Vertreter und Mitverantwortliche der Intervention der amerikanischen Konservativen gegen die europäische Revolution.

Damals wie heute stellten die Interventionisten den Gegensatz als einen solchen zwischen westlicher Kultur und Demokratie einerseits und kommunistischer Diktatur anderseits dar. Diese Behauptung ist heute so falsch wie das letzte Mal. Es ist vielmehr der Einschlag von Sozialismus in den östlichen Regierungssystemen, nicht ihr — wirklicher oder angeblicher, teilweiser oder gänzlicher — Mangel an Demokratie, der den Grund für die amerikanische Intervention gegen die Sowjetunion, die Länder des sozialistischen Aufbaus und die Arbeiter Frankreichs und Italiens bildet.

Das wirkliche Ziel der amerikanischen Politik besteht darin, den chinesischen Markt im Fernen Osten zu monopolisieren, den Hauptteil des Öls im Mittleren Osten an sich zu bringen und den Kapitalismus in Europa wiederherzustellen. Intervention gegen die soziale Revolution schafft aber weder Demokratie noch Sozialismus; sie endet in der kapitalistischen Gegenrevolution, und das heißt im Faschismus. Wenn das nicht der bewußte Zweck der amerikanischen Intervention ist, so ist es auf jeden Fall ihre unvermeidliche und allgemeine Folge.

Die amerikanische Politik von heute stützt eine faschistisch-monarchistische Quisling-Diktatur und Schreckensherrschaft in Griechenland, den arabischen Feudalismus im Mittleren Osten und eine mittelalterliche Tyrannei in Persien, sowie den Faschismus und Militarismus in China. Die Amerikaner versuchen, durch eine Hintertür Franco in den Westbund einzuschmuggeln. Amerikas Druck, Ränkespiel und Schmiergelder haben den Kräften der Rechten in Frankreich und Italien den Rücken gesteift und ihnen geholfen, die französischen Kommunisten und die verbündeten Kommunisten und Sozialisten in Italien aus den Koalitionsregierungen zu entfernen, in denen sie tatsächlich die Gesamtheit der französischen und italienischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vertraten. General de Gaulle verläßt sich für seine Rückkehr zur Macht auf amerikanische Unterstützung.»

In der Tat: Überall steht das seit Roosevelts Tod wieder allmächtig gewordene *kapitalistische* Amerika hinter den Kräften der Gegenrevolution. «Wo aber auf dem Erdenrund», so fragt Freda Kirchwey, die Chefredaktorin der Neuyorker «Nation», «wo wird amerikanische Macht und amerikanischer Reichtum eingesetzt zum Kampf gegen klerikale Reaktion, monarchistische Korruption, Grundbesitzerherrschaft oder Wucherertum?»

Auch die gewandtesten Fürsprecher der Politik Washingtons werden es schwer finden, auf solch unbequeme Frage befriedigend zu antworten. Solange aber die amerikanische Politik ist, was sie ist, solange sie mit Freiheitsphrasen in Wahrheit reaktionäre Ziele verfolgt, fordert sie den Kommunismus zum schärfsten Widerstand gegen diesen Kurs förmlich heraus. Es ist wirklich kein Zufall, daß die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens zu den heftigsten Gegnern der amerikanischen Politik gehören, mit deren Hilfe die «nationale» Gegenrevolution in diesen Ländern zusehends an Boden gewinnt. Und ebensowenig darf man sich wundern, daß die tschechoslowakischen Kommunisten alles daran setzen, um die Gefahr zu bannen, die sie im Zusammenhang der bürgerlichen Parteien ihres Landes mit den amerikanischen Vorkämpfern des «freien Unternehmertums» sahen. Amerikanische Intervention zugunsten der Sicherung des Kapitalismus in aller Welt und kommunistische Gewaltrevolution arbeiten sich gegenseitig in die Hand, und wem es ernstlich um die Abwendung der Gefahren zu tun ist, die vom kommunistischen Diktaturregime her drohen, der ist verpflichtet, vor allen Dingen gegen den kapitalistischen Expansionismus und Interventionismus Amerikas aufzutreten, der dem Kommunismus gegenwärtig seinen stärksten Antrieb und auch in den Augen unzähliger Nichtkommunisten ein großes moralisches Recht gibt.

A propos *Franco-Spanien*: Der mit Dreiviertelsmehrheit gefaßte Beschluß des amerikanischen Abgeordnetenhauses, in die Marshall-Hilfe auch Spanien einzubeziehen, ist zwar nach heftigem Kulissenspiel wieder aufgehoben worden; aber nur äußerste Naivität wird verkennen, daß diese Korrektur eines Regiefehlers an der Gesinnung, aus der jener Beschluß stammt, nichts ändert. Auf den Charakter und Zweck des Marshall-Planes ist durch den ganzen Vorgang vielmehr ein neues Licht gefallen, und alle Logik spricht dafür, daß der vorläufige Ausschluß Spaniens aus dem Kreise der «freien Völker», die Europa wiederaufzubauen haben, nicht das letzte Wort in dieser Sache ist. René Baume sagt es in der Genfer «Suisse» ganz unverhohlen:

«Die Gründe, die zu dem (ersten) Washingtoner Beschluß geführt haben, liegen darin, daß sich Spanien seit mehreren Jahren auf der politischen Linie hält, die nunmehr Westeuropa und die Vereinigten Staaten verfolgen müssen, und daß ein Abtreten Francos die große Gefahr in sich bärge, Spanien dem Kommunismus auszuliefern.»

Genau die Beweggründe, die auch die Haltung der Westmächte gegenüber Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien bestimmten! Man wird es darum bald erleben, daß die «Neue Zürcher Zeitung» recht bekommt, die zwar alles Verständnis dafür aufbringt, daß, solange die sozialdemokratischen Parteien zur antikommunistischen Front gehörten, «die Westmächte in ihrer politischen Taktik den Gefühlen dieser Parteien und sogar ihren abergläubischen Vorurteilen (!) bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen» müßten, aber dennoch eine «*Um-*

wertung des Urteils über Spanien und sein politisches Regime», wie sie sich in Amerika bereits durchgesetzt habe, auch in Westeuropa für unvermeidlich hält, wenn die Westmächte «dauerhafte Erfolge der von ihnen eingeleiteten Kraftprobe gegenüber der Sowjetunion» sehen wollten.

Falscher Kampf gegen den Kommunismus

Ich brauche kaum mehr besonders zu betonen, daß ich an einen *dauerhaften* Erfolg der nun im Gang befindlichen «Kraftprobe gegenüber der Sowjetunion» nicht glaube. Der Umsturz in der Tschechoslowakei hätte zwar in der westlichen Welt eine heilsame Erschütterung bewirken können, wenn er sie zu dem Entschluß geführt hätte, der Gefahr des kommunistischen Totalstaats – die ich völlig ernst nehme, viel ernster als die Masse der heutigen «Antikommunisten» – in der einzig erfolgversprechenden Weise entgegenzutreten: mit *gründlichen sozialen und politischen Reformen*, die den Kommunismus in den Augen der Nichtbesitzenden unnötig machen würden. Aber davon ist ja gegenwärtig überhaupt keine Rede. Wohl versäumen es die sozialdemokratischen Parteien nie, in ihren Aufrufen gegen den Kommunismus solche Reformen zu *fordern*; aber in ihrer politischen *Praxis*, auf die es allein ankommt, stehen die meisten von ihnen und stehen namentlich die von ihnen maßgebend beeinflußten Regierungen stets in der Front des bürgerlichen Antikommunismus, der, mit Amerika als Hauptkraft, eine radikale soziale Umwälzung gerade *nicht* will und ihr mit allen Mitteln entgegenarbeitet.

Statt einer *heilsamen* Schockwirkung, die von den tschechoslowakischen Ereignissen hätte ausgehen können, ist darum in der westlichen Welt, als Antwort auf den Prager Umschwung, nur eine *unheilvolle* Erregung und Erschütterung erfolgt. Panik und Angst haben wie eine Seuche um sich gegriffen, und zwar bei den meisten Menschen nicht in erster Linie und im tiefsten Grunde Angst um die persönlichen Freiheitsrechte, sondern um ihr gesichertes bürgerliches Dasein und um die bestehende Eigentumsordnung, und daraus floß dann jene gänzlich negative, konservative Abwehrhaltung gegenüber dem Kommunismus, die die Rettung nur noch in politischen Druckmaßnahmen und in militärischem Auftrumpfen sieht. «Die Kommunisten verstehen nur die Sprache der Gewalt; reden wir darum in *dieser* Sprache mit ihnen – nur so werden wir ihnen Respekt abnötigen!» Das ist jetzt so die neueste Staatsweisheit!

Welche Verblendung! Der Kultur- und Freiheitskreuzzug, der jetzt gepredigt wird, die Mobilisierung der militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel der westlichen Welt gegen die «östliche Barbarei» kann ja die Sowjetvölker und die Kommunisten in aller Welt nur in ihrem Glauben bestärken, daß der internationale Klassenkampf zuletzt eben doch wohl kriegerisch ausgetragen werden müsse. Wie will man

da noch erwarten, daß die Kommunisten Respekt vor der moralischen Überlegenheit der westlichen Welt gewinnen, einer Überlegenheit, von der zuletzt auch aller äußere Erfolg gegenüber der kommunistischen Weltbewegung und Weltreligion abhängt? Und wie will man die Kommunisten vom Unrecht und von der Wirkungslosigkeit ihrer totalitären Kampfmethoden überzeugen, wenn man planmäßig einen Krieg vorbereitet, der nicht nur, wie jeder Krieg, auf dem Grundsatz beruht, daß der Zweck die Mittel heilige, sondern auch in den westlichen Ländern dem Militär- und Totalstaat eine Macht verleihen müßte, die von Freiheit und Menschenrecht kaum mehr viel übrig ließe?[1]

Sind solche Erwägungen und Sorgen wirklich Ausfluß eines unehrlichen Pazifismus, der nur dem Bösen Vorspann leistet? Oder würden wir nicht umgekehrt unseren ganzen Glauben und all unsere grundsätzliche Kriegsgegnerschaft in opportunistischer Weise verleugnen, wenn wir untätig oder sogar wohlwollend zusähen, wie jetzt im Namen der höchsten Güter der Menschheit ein Krieg vorbereitet wird, der in den beteiligten Völkern gerade diese Güter wohl restlos zerstören und alle Menschenwürde aufs grauenhafteste zertrampeln müßte?

Amerikas Kriegsrüstung Dem Schreibenden ist es auf alle Fälle unmöglich, die jetzt betriebene materielle und geistige Kriegsrüstung der Vereinigten Staaten mit einer nachsichtigen Gebärde abzutun. Diese Kriegsrüstung nimmt ja nachgerade einfach phantastische Ausmaße an. Vor wenigen Tagen erst verlangte Präsident Truman von der Bundesversammlung die sofortige Bewilligung eines Ergänzungskredites von 725 Millionen Dollar (nach der inneren Kaufkraft etwa anderthalb Milliarden Schweizerfranken entsprechend) für den Ausbau der amerikanischen Luftwaffe. Und Luftkriegsminister Symington erklärte vor der Militärkommission des Senats gar eine Verstärkung der Luftstreitkräfte für notwendig, die allein im nächsten Budgetjahr eine *zusätzliche* Ausgabe von 2388 Millionen Dollar erheischen werde. Von der mehr im stillen vor sich gehenden Bereitstellung von Atombomben, Raketengeschossen, biologisch-chemischen Kampfmitteln usw. gar nicht zu reden.

Hand in Hand mit dieser militärischen Aufrüstung geht eine *geistige* Aufrüstung, die die Gehirne und Gewissen mit einer fast diabolischen Planmäßigkeit für «den kommenden Krieg» präpariert. Das Rezept dafür hat ein gewisser Raymond James Sontag in einer Tageszeitung zynisch genug so formuliert: «Wenn die öffentliche Zustim-

[1] Diesen Gesichtspunkt hat besonders Professor *Heering*, der Altmeister des christlichen Antimilitarismus in Holland, an der jüngsten Tagung des Internationalen Versöhnungsbundes in Amsterdam hervorgehoben. Professor Heering wird seinen Vortrag, der auf uns alle einen tiefen Eindruck machte, auch den «Neuen Wegen» zur Verfügung stellen.

mung zu einer Kriegspolitik notwendig ist, dann muß die Volksstimmung zum vornherein angeleitet werden, jeden möglichen Gegner derart zu beargwöhnen und zu fürchten, daß im Fall einer plötzlich ausbrechenden Krise ein leichter Antrieb genügen würde, um die Leidenschaften bis zur Kampfeshitze zu steigern.» Nach dieser Methode wird jetzt, wie uns zahlreiche Presseäußerungen und private Mitteilungen von drüben immer wieder bestätigen, in Amerika tatsächlich mit größtem Raffinement gearbeitet. Die Wirkung bleibt nicht aus:

«Ein neues Zeitalter der Furcht ist angebrochen», stellt George *Seldes*, der Herausgeber von «In Fact», fest. «Innert zwei Jahren ist die große Welle von Optimismus und Vertrauen, die die Regierungszeit Roosevelts kennzeichnete, durch einen Geist der Hexenverfolgung und Hysterie verdrängt worden. Es herrscht grenzenlose Angst im Lande ... Die kalte Hexenverfolgung von 1947/48 sucht die Nation auf gesetzliche Weise — und ohne sensationelle Schlagzeilen — reaktionär zu machen. Ihr erster Erfolg war die Annahme des Taft-Hartley-Gesetzes, das nicht nur die Rechte der Arbeiterschaft zerstörte, sondern auch die größte organisierte demokratische Bevölkerungsgruppe einschüchterte ... Im Ausland ist der zweite Schritt zur Diktatur immer die Gleichschaltung der Presse gewesen. Das ist in den Vereinigten Staaten gar nicht mehr nötig. Es ist bereits überholt. Die europäische Presse, so korrupt sie auch in den meisten Ländern war, vertrat immerhin verschiedene Parteien und Ansichten. In unserem Land ist die Presse, oder doch mindestens 95 Prozent davon, reaktionär und natürlich arbeiterfeindlich und steht auf seiten der tausend Amerikaner, die das Volk in der Hand haben [2]. Die Reaktion hat die amerikanische Presse völlig gleichgeschaltet ...

So haben wir die erstaunliche und stoßende Tatsache vor uns, daß die Reaktion in Amerika, ohne sich Hitlers und Mussolinis ungesetzlicher und gewalttätiger Aktionen zu bedienen, weithin die gleichen vorbereitenden Ergebnisse gehabt hat wie jene.»

Alles im Zeichen des Kampfes für Freiheit und Menschenrecht! In diesem Zeichen ist auch das *europäische Wiederaufbauprogramm* (E. R. P.), wie der Marshall-Plan in den Vereinigten Staaten amtlich geheißen wird, von der Bundesversammlung im beschleunigten Verfahren endgültig angenommen worden. Seine Durchführung wird unter der Leitung von Paul G. Hoffman stehen, des Verwaltungspräsidenten der Studebaker-Automobilwerke, der damit an einen der wichtigsten Außenposten der amerikanischen Politik gestellt worden ist. In welchem Geist Hoffman an seine Arbeit herantritt, mag seine Erklärung zeigen, es sei «Amerikas größte Verantwortung und Aufgabe, den Kapitalismus gegen alle Angriffe hieb- und stichfest zu machen». Genau so faßt es auch «Life» auf, das so außerordentlich weitverbreitete und einflußreiche Wochenorgan des Verlags Henry Luce, das vor kurzem mit dankenswerter Offenherzigkeit schrieb:

«Talleyrand sagte einmal, daß Intervention und Nichtintervention zwei Namen für dieselbe Sache seien. Wenn die Bundesversammlung dem ERP-Gesetz antisozialistische Bedingungen beigegeben hätte, so würde dies einer offensichtlichen Intervention gleichkommen, und manche auf Selbstachtung haltende sozialistische Regierung in Europa würde möglicherweise das Geld zurückweisen und sozialistischer als

[2] «1000 Amerikaner» ist der Titel eines Buches von George Seldes, das jetzt viel Aufsehen erregt.

je regieren. Aber eine ERP-Verwaltung und ein Außenministerium, die überzeugte Gegner des Sozialismus sind, können diesem tatsächlich dadurch Abbruch tun und den europäischen Zug zum Sozialismus in entgegengesetzte Richtung lenken durch das Mittel einer diskreten ‚Nichtintervention', je nachdem wie sie die Mittel des ERP einsetzen werden ... Das ERP eröffnet die Möglichkeit, während eines Menschenalters zur Einigung Europas zu kommen, aber zugleich auch, dort den freien Markt und das freie Unternehmertum zu beleben ... Wenn das ERP seine erste Aufgabe erfolgreich löst und die europäischen Währungen ihren Wert zurückgewinnen, dann kann die zweite Stufe des Programms den Kampfplatz bilden, auf dem der Kapitalist wieder seinen erfolgreichen Platz an der Sonne erringt.»

Eine Art Ergänzung zum Marshall-Plan soll der sogenannte *Dulles-Plan* bilden, der Vorschlag des republikanischen Hauptberaters von Außenminister Marshall, des bekannten John Foster Dulles, die Vereinigten Staaten sollten eine Armee von Propagandisten und Spionageagenten nach Europa schicken, deren Aufgabe es wäre, «demokratische» Parteien zu finanzieren, antikommunistische Gewerkschaften zu stärken, Zeitungen und Flugblätter im amerikanischen Sinn herauszugeben und ähnliches mehr. Wenn so etwas von russischer Seite geplant würde, was für eine Panik würde das geben! Da es im Namen des «freien Marktes» und des «freien Unternehmertums» vorgeschlagen wird, nimmt es das «freie» Europa mit freundlichem Interesse auf und verweist sogar auf die Satzung der Vereinten Nationen, welche die Mitglieder verpflichtet, die Respektierung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten zu fördern. Beispielsweise in Spanien und Griechenland ...

Wenn etwas das düstere Bild von Verlogenheit und Gewissenlosigkeit aufzuhellen vermag, das uns das gegenwärtig herrschende Amerika bietet, so der Umstand, daß sich doch auch das *andere* Amerika regt, dessen Bannerträger Henry *Wallace* geworden ist. Sein Kampf gegen das Amerika Trumans und Hoffmans, Forrestals und Luces, Hearsts und Wallstreets ist uns immer wieder ein Trost und eine Verheißung, einerlei wie gehässig oder anmaßend-herablassend dieser Mann auch hierzulande abgelehnt wird. Der Feldzug, den er führt, ist wirklich geeignet, das Denken und das Gewissen von Millionen Amerikanern und Amerikanerinnen aufzurütteln, die sonst der national-kapitalistischen Hypnose fast hilflos verfallen müßten, und das ist an und für sich schon etwas Großes. Daß Wallace und seine Mitkämpfer doch Kraft genug bekommen möchten, um bis zum Durchbruch *ihres* Amerikas auszuhalten, das auch *unser* Amerika ist!

In der Tschechoslowakei Wollen wir noch einmal einen Blick auf Europa werfen, so müssen wir vor allem bei der Tschechoslowakei stillhalten. Die kommunistische Diktatur befestigt sich dort zusehends; ihr Hauptorgan ist das Zentrale Aktionskomitee, das mit seinen Ortsablagen in jedes Dorf und in jeden Betrieb hineinreicht und unter der entschlossenen Führung von

Generalsekretär Slansky, des eigentlichen «starken Mannes» der Revolution, das gesamte öffentliche Leben planmäßig auf die Ziele des neuen Regimes hin ausrichtet. Die auf den 30. Mai angesetzten «Wahlen» können unter diesen Umständen für das Regime keinerlei Gefahr bedeuten; sie sind aber anderseits auch nur noch das Zerrbild einer echten Volksbefragung, wie eine sozialistische Demokratie sie sichern müßte.

Was die Februarereignisse selber betrifft, so gehört zum Zuverlässigsten, was darüber seither veröffentlicht worden ist, der Bericht, den der britische Labourabgeordnete *Croßman* auf Grund einläßlicher Ermittlungen an Ort und Stelle darüber erstattet hat. Croßman, der innerhalb der Labourpartei links von der Mitte steht, dessen demokratische Gesinnung aber noch niemand angezweifelt hat, glaubt nicht, daß die Parteien der Rechten einen eigentlichen gegenrevolutionären Umsturz beabsichtigt hätten; sie hätten nur den kommunistischen Innenminister sprengen wollen, der die Polizei in der Hand hatte, was allerdings – so füge ich bei – bedeutet hätte, daß die Kommunisten aus ihrer hauptsächlichen Machtstellung verdrängt und auf eine Position verwiesen worden wären, die es den bürgerlichen Gruppen bald möglich gemacht hätte, sie, wie die französischen und italienischen Kommunisten, überhaupt aus der Regierung auszubooten. Das Organ der Nationalsozialen Partei, der «Svobodne Slovo», forderte denn auch schon gleich bei Ausbruch der Krise die Bildung eines «überparteilichen», also auf alle Fälle kommunistenreinen «Kabinetts von Fachleuten», dem die Durchführung der Wahlen obliegen solle.

Übrigens bemerkt auch «The Tablet», die katholische Londoner Zeitschrift, in einer Erörterung der Hintergründe des Rücktritts der zwölf bürgerlichen Minister: «Es war zweifellos die Absicht der Zwölf, den Gesamtrücktritt der Regierung herbeizuführen und die Bildung einer neuen Koalition ohne die Kommunisten zu sichern, wie das in Frankreich und Italien geschehen ist.»

Croßman ist anderseits auch überzeugt, daß die Kommunisten nicht einen von vornherein geplanten und unter allen Umständen durchzuführenden Staatsstreich ins Werk setzten:

«Die Kommunisten brauchten gar keinen Staatsstreich, da die Macht im wesentlichen bereits in ihren Händen lag. Wahrscheinlich wurden sie von der Ministerkrise einfach überrumpelt, und die Heftigkeit ihres Gegenschlages gibt nur das Maß ihrer Überraschung über den Eintritt der Krise. Ihren Erfolg verdanken sie, so glaube ich, nicht so sehr ausgearbeiteten Plänen als einer glänzenden Improvisation revolutionärer Taktik. Sie waren von der Schnelligkeit und Vollständigkeit ihres Sieges ebenso überrascht wie ihre Gegner.»

Auch der Einfluß Moskaus auf den Gang der Prager Ereignisse wird nach Croßman sehr überschätzt:

«Wenn auch Gottwald wie seine Gegner wußten, daß ‚scharfe Maßnahmen' die volle Unterstützung der Russen finden würden, so entsprangen die tatsächlichen Ereignisse eben doch einem plötzlichen und ganz unerwarteten Vorstoß der rechts-

parteilichen Kabinettsmitglieder. Diese traten am Freitagvormittag, dem 20. Februar, zurück. Aber erst am Samstag veranstaltete Gottwald seine erste Massenversammlung in Prag. Wenn auch ein Einvernehmen über die allgemeine Kampfführung bestanden haben muß, so ist doch schwer zu sehen, wie die kommunistische Taktik hätte von Moskau aus gelenkt werden können.»

Der russische Minister Zorin, der in den kritischen Tagen in Prag weilte, habe, wie Croßman feststellen konnte, am Samstagabend mit dem sozialdemokratischen Parteipräsidenten Lauschmann konferiert und ihn von der Notwendigkeit überzeugt, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen. Aber diese Haltung sei der Sozialdemokratischen Partei noch viel dringlicher durch die Ereignisse selber nahegelegt worden:

«Vor die Wahl gestellt, in Zusammenarbeit mit den Parteien der Rechten abseits zu stehen oder vor dem proletarischen Elan zu kapitulieren, waren die Sozialdemokraten, deren Partei die kleinste im Staate war und vorwiegend aus mittelständischen Marxisten bestand, in einem unerträglichen Zwiespalt... Ich vermute, daß auch dann, wenn Zorin nicht in Prag gewesen wäre, nur eine Minderheit der Sozialisten den Mut gefunden hätte, mit Majer in die Wüste zu gehen.»

Vollends entschieden weist Croßman den Vergleich des Prager Umsturzes mit der Vergewaltigung der Tschechoslowakei durch Hitler zurück. Wer so urteile, der lasse nicht nur die Stärke der Kommunistischen Partei außer acht, sondern verkenne auch das ganze Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Sowjetrußland. Die internationale Orientierung der Tschechoslowakei werde gänzlich von der Furcht vor einer Wiedererhebung Deutschlands beherrscht, und auch für die Parteien der Rechten sei die enge Anlehnung an Rußland immer eine für ganz selbstverständlich gehaltene Notwendigkeit gewesen. «Was jeden ernsthaften Widerstand gegen den kommunistischen Streich verhinderte, war gerade der Umstand, daß die Nation als Ganzes geneigt ist, jegliches Opfer – auch das der Freiheit – anzunehmen, sofern es nur mithilft, die Wiederaufrichtung Deutschlands zu verunmöglichen, die als das wirkliche Ziel des Marshall-Planes angesehen wird.» (Die Forderung des Wirtschaftsrates der angelsächsischen Zone, es sei nicht weniger als der dritte Teil der jetzt bewilligten Marshall-Millionen für den Wiederaufbau Westdeutschlands zu verwenden, wird die Tschechen von dieser Auffassung kaum abzubringen geeignet sein.)

Jan Masaryk All das tönt schon ein wenig anders, als was man bei uns auf Grund der gebräuchlichen antikommunistischen Schablone über Hergang und Hintergründe der tschechischen Ereignisse zusammenfabuliert! Und anders tönt auch, was man neuerdings über die geistige Haltung erfährt, die *Jan Masaryk* bis unmittelbar vor seinem Tod in voller Klarheit und gänzlicher Freiheit dem politischen Umschwung in seinem Vaterlande gegenüber eingenommen hat. Für die Vielen, Allzuvielen, die sich mit Wonne von einem gehässigen Antikommunismus nähren, der sie jede andere Kost ver-

schmähen läßt, war es ja von vornherein eine ausgemachte Tatsache, daß Masaryk ein Opfer kommunistischer Vergewaltigung sei, ob er sich nun selber das Leben genommen habe oder von den Kommunisten ermordet worden sei. Stellen wir dem gegenüber, was im Londoner «New Statesman» Monica *Felton* berichtet; da es in unserer Presse, soviel ich sehe, bisher verschwiegen worden ist, will ich es hier wörtlich anführen:

«Als die Tragödie (Jan Masaryks) bekannt wurde, meldete die Presse unseres Landes — und auch die auswärtige —, daß der letzte Mensch, der Masaryk gesehen habe, Dr. Kavan gewesen sei, der Presseattaché der tschechoslowakischen Gesandtschaft in London. Da ich in der Presse keinerlei Bericht über irgendeine Erklärung Dr. Kavans finden konnte, suchte ich ihn persönlich auf, in der Absicht, die Wahrheit kennen zu lernen. Dr. Kavan sagte mir, er habe Masaryk bei seiner letzten Unterredung einen detaillierten Bericht über die Aufnahme des Regierungswechsels in der Tschechoslowakei durch die britische Presse erstattet. Als er die Kommentare zu der Unterredung erwähnte, die Masaryk der (Pariser) Zeitung «L'Ordre» gewährt hatte (Masaryk hatte sich darin kräftig auf die Seite der neuen Regierung gestellt. H. K.), da unterbrach ihn Masaryk mit der Bemerkung, daß er die Unterredung aus freien Stücken gewährt habe, und fügte bei: ‚Wie könnte irgend jemand glauben, ich vermöchte dem Volkswillen entgegenzuhandeln? Das hieße doch meiner ganzen Vergangenheit ins Gesicht schlagen — meiner ganzen Vergangenheit. Ich zögerte nicht einen einzigen Augenblick, als Gottwald mir den Posten des Außenministers anbot. Ich nahm sofort an.'

Masaryk sagte dann weiter — so erzählte mir Dr. Kavan —, sein Platz sei an der Seite des Volkes, das seinen Willen sehr klar ausgedrückt habe; darauf erörterte er andere Fragen und kam schließlich auf die tschechischen Diplomaten im Auslande zu sprechen, die zurückgetreten waren. Er sagte: ‚Ich war in der Widerstandsbewegung — einer Widerstandsbewegung gegen Hitler und die Deutschen —, aber *diese* Leute sind Verräter. Sie möchten eine Widerstandsbewegung gegen den Willen ihres eigenen Volkes in Gang bringen — und sind demgemäß Verbündete unserer ausländischen Feinde geworden.'

Masaryk war, wie Dr. Kavan hinzusetzte, sehr betroffen durch die Kritiken, die ausländische Freunde gegen ihn gerichtet hatten, aber in der ganzen Unterhaltung gab es nichts, was im Rückblick als Hinweis auf die Tragödie gedeutet werden könnte, die ein paar Stunden später folgen sollte.

Dr. Kavan ist seit seiner Rückkehr nach England auch nicht von einem einzigen britischen oder amerikanischen Journalisten aufgesucht worden. Es ist schwer zu verstehen, wie eine Presse, die sich über die ‚Angriffe auf die Freiheit der Information und Meinungsbildung' entsetzt zeigt, es unterlassen kann, dem Zeugnis desjenigen Mannes auch nur nachzugehen, der außer den Dienstboten unbestreitbar der letzte Mensch war, der Masaryk lebendig gesehen hat; und es ist unvorstellbar, daß die gleiche Nachlässigkeit bekundet worden wäre, wenn ein ähnlicher Zeuge der letzten Stunden John Winants dagewesen wäre.» (John Winant, der frühere Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, hat sich vor wenigen Jahren als amerikanischer Botschafter in London unter rätselhaften Umständen ebenfalls das Leben genommen.)

Das Geheimnis, das über Jan Masaryks Tod liegt, ist durch diesen Bericht gewiß nicht gelüftet, es ist eher noch undurchdringlicher geworden [3]. Aber *das* werden jetzt gutgläubige Menschen zugeben müssen,

[3] Fensterstürze scheinen ihre eigene Psychologie zu haben. Ich kenne zufällig die Tragödie eines mir befreundet gewesenen süddeutschen Gymnasialdirektors, der, obwohl früher Deutschnationaler, voller Verachtung für Hitler und seine Leute war

daß weder Masaryk aus Protest gegen den neuen Kurs in Prag demonstrativ aus dem Leben geschieden ist, noch die tschechischen Kommunisten Grund hatten, ihn gewaltsam zu beseitigen. (Eher vielleicht ihre Gegner.) *Gutgläubige* Menschen! Die anderen sollen eben ihr Leichenverwertungsgeschäft weiter betreiben.

Demokratie in Italien Unsere Leser und Leserinnen werden es verstehen, daß wir den tschechoslowakischen Ereignissen nochmals breiteren Raum gewährt haben und darob andere Vorgänge und Länder zu kurz kommen lassen müssen. Wir können diesmal weder die planmäßige Restaurierung des alten Deutschland erörtern, die unter amerikanischer Führung erfolgt und durch die skandalöse Freisprechung Krupps und seiner Kollegen von der Anklage auf Mithilfe zu Hitlers Kriegsunternehmen besonders scharf beleuchtet wird, noch auf die neuere Entwicklung in Frankreich eintreten; wir können den Mißerfolg der amerikanischen Intervention in Griechenland und China, der vor ihrer Übertragung auf andere Länder warnen sollte, ebenso wenig darstellen wie die scheußlichen Kolonialmethoden Frankreichs auf Madagaskar, die uns durch «Esprit» enthüllt worden sind und auf desselben Frankreichs Teilnahme am «Kulturkreuzzug» gegen die Sowjetunion ein eigentümliches Licht werfen. Es möge abschließend nur noch ein einziges Wort zu den *italienischen Wahlen* gesagt werden, deren Ergebnis schon vorliegen wird, wenn dieses Heft der «Neuen Wege» erscheint.

«Wahlen» ist natürlich für das, was in Italien vor sich geht, ein ebenso unzulässiger Ausdruck wie für die entsprechenden Veranstaltungen in totalitären Ländern. Dieser italienische «Wahlkampf» ist vielmehr ein wüstes, mit allen Mitteln betriebenes Ringen um die politische Macht, ein zynischer Hohn auf alle Demokratie, auf alle menschliche Selbstbestimmung und alle freie Willensbildung im Volk, vor allem auch durch die Methoden, die dabei die Regierungsparteien und ihre ausländischen Verbündeten gebrauchen. Man hat den tschechoslowakischen Kommunisten vorgeworfen, sie hätten zur politischen Diktatur gegriffen, weil sie vor freien Wahlen Angst gehabt hätten. Sind aber nun das *freie* Wahlen nach dem Herzen der Demokratie, was wir in Italien sich abspielen sehen? Steht das italienische Volk nicht seit Wochen und Monaten unter einer geistigen und geistlichen Diktatur, einem moralischen Terror, einem wirtschaftlichen Druck, einer absichtlich erzeugten nationalistischen Spannung, wie sie auch ein totalitäres Regime nicht ärger praktizieren kann?

Die amerikanische Regierung hat ja schon längst klargemacht, daß sie jede weitere Hilfe für Italien sofort sperren werde, falls durch die

---

und dafür arg geplagt wurde. Wenige Tage nach der Befreiung seiner Stadt durch die Alliierten, als sich ihm die Aussicht auf ein freies, fruchtbares Schaffen eröffnet hatte, stürzte er sich auf den Schulhof hinunter und wurde tot aufgehoben.

Wahlen eine Linksregierung ans Ruder käme, und was diese amerikanische Hilfe bedeutet, das wäre in den letzten Wochen durch die dauernd eintreffenden Lebensmittelsendungen (und die massenhafte Gratisverteilung von Zigaretten!) allem Volk auch dann augenfällig demonstriert worden, wenn es die Regierungsparteien nicht noch extra, bis zum Überdruß, herausgestrichen hätten. Dazu kommt der grobe Wahltrick der Westalliierten mit Triest, kommt die in einem Volk wie dem italienischen doppelt wirksame Wahlbeeinflussung durch die römische Kirche, die, angefangen vom Papst bis herunter zum niedrigsten Dorfcurato, ihre ganze Macht gegen die «Roten» in die Waagschale wirft; einige Erzbischöfe haben ausdrücklich die Verweigerung der Absolution an Linkssozialisten und Kommunisten befohlen. Und natürlich läuft auch der ganze übrige Volksbearbeitungsapparat, in dessen Handhabung die italienischen Regierungen seit jeher Meister sind, auf Hochtouren – kurz, mit Demokratie haben diese Wahlen wahrhaftig wenig mehr zu tun, sehr viel aber mit menschenverachtender Demagogie, schamloser Korruption und geistiger Vergewaltigung im großen Stil – beinahe hätte ich gesagt: im amerikanischen Stil. Wenn unter diesen Umständen die Linkssozialisten und Kommunisten auch nur die 27 Prozent Stimmen erhalten werden, die eine nach System Gallup veranstaltete Probeabstimmung ihnen zuspricht, soll es mich wundern. Auf jeden Fall muß bezweifelt werden, ob die Kommunisten durch den Anschauungsunterricht, den sie jetzt in Italien bekommen (und sehr viel besser ist es ja auch in anderen Ländern nicht), davon überzeugt werden, daß ihre «volksdemokratischen», offen diktatorischen Methoden verwerflicher seien als die verschleiert diktatorischen Mittel, deren sich die bürgerlich-kapitalistischen Demokratien bedienen, um dem Volk den Willen der Besitzenden und Herrschenden aufzuzwingen.

Ausblick Und das gilt ja für die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und bürgerlicher Welt ganz allgemein. Als wir letzthin auf diese Dinge zu reden kamen, erinnerte mich ein einflußreicher Vertreter des religiösen Sozialismus in Holland – er ist Leiter eines bekannten Volksbildungsheims – an das Wort: «Es sei denn eure Gerechtigkeit besser als der Schriftgelehrten und Pharisäer, so werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen.» Das heißt in diesem Fall: Wenn wir dem Kommunismus nicht eine der seinigen überlegene Methode der sozialen Umwälzung gegenüberstellen, wenn wir den Kommunisten unsere Achtung vor der menschlichen Würde und Selbstbestimmung nicht durch die *Tat* beweisen, dann werden wir die Demokratie nicht retten. Es heißt aber auch: Wir müssen die soziale Umwälzung überhaupt auch *wollen*, mit allem Ernst wollen und sie in den Mittelpunkt unseres Kampfes rücken, in den sie tatsächlich gehört.

Wir dürfen sie daraus nicht immer wieder verdrängen lassen, wie das nun seit Jahrzehnten immer wieder geschieht: zuerst durch den ersten Weltkrieg, den die Sozialisten meistenteils im Geiste jenes Sozialpatriotismus mitkämpften, der sie dann innerlich verdarb und lähmte; dann im Kampf gegen den Faschismus und Nazismus, den die Sozialisten wiederum allzusehr bloß im Stile des liberalen Bürgertums führten, unter Loslösung des Faschismus von seinen sozialen Untergründen und mit dem Ergebnis, daß ein *neuer* Faschismus sein Haupt erhebt; und nun wiederum nach dem zweiten Weltkrieg, da die kapitalistischen Klassen erneut zur Gegenrevolution ansetzen und mit der Losung: «Der Kommunismus ist der Feind!» die Aufmerksamkeit von der Notwendigkeit abzulenken suchen, nun endlich einmal über den menschen- und seelenmörderischen Mammonismus hinauszukommen und eine neue, eine solidaristische, ja sozialistische Ordnung des Gemeinschaftslebens aufzurichten.

Wollen wir ewig am fremden Joche mit den Vertretern der *alten* Ordnungen ziehen? Wir können es ja; es steht nirgends geschrieben, daß die Völker aus ihren Torheiten und Niederlagen lernen *müssen*. Aber dann wollen wir wenigstens klar darüber sein, daß in diesem Falle der kommunistische Totalstaat auch über uns kommen wird – nicht allein als Strafgericht, sondern als diejenige Macht, die die soziale Umwälzung so vollziehen wird, wie es unser Eigensinn und unsere Feigheit verdient haben.

14. April. *Hugo Kramer.*

Zur politischen Diskussion

1. Es ist nicht das erste Mal, daß Amerika deshalb der Kriegstreiberei beschuldigt wurde, weil es fand, daß das Zurückweichen vor den Mächten der Aggression und Vergewaltigung nicht gut sei. Die heutigen Führer der amerikanischen Politik können sich mit Wilson und Roosevelt trösten, die seinerseit von den kaiserlichen und den hitlerschen Schreiern ebenfalls als Kriegshetzer bezeichnet worden sind. Daß aber ausgerechnet Angehörige kleiner Nationen Mißtrauen säen gegen das Amerika, auf das in der Vergangenheit alle Freiheitsliebenden mit Hoffnung geblickt haben, das sollte niemand hinnehmen, der noch etwas von historischer Dankbarkeit in sich trägt. Es ist natürlich leicht, Roosevelt auf Kosten der heutigen amerikanischen Politiker in den Himmel zu erheben und zu behaupten, daß er ganz anders handeln würde, wenn er noch lebte. Wenn er wirklich je der Anwalt eines auf dem Recht und der Freiheit aller Nationen beruhenden Friedens war, dann darf man ihm auch heute kein Zurückweichen vor der brutalen Gewalt zutrauen. Roosevelt ist groß gewesen in der Vertretung der amerikanischen Ideale. Er hat aber auch Fehler begangen. Er hat – unter dem Druck des Krieges – die Dämonie der russischen